

LANDESSCHULRAT FÜR KÄRNTEN

PARADEISERGASSE 12 · 9010 KLAGENFURT

Landesschulrat für Kärnten · Postfach 607 · 9010 Klagenfurt

An das
Präsidium des NationalratesDr. Karl Renner Ring 3
1017 Wien

STÄTT. VERWALTUNG	
Zl.	35-GE/9-P
Datum:	6. APR. 1990
Verteilt:	6.4.90 Hto

Telefon 046 3/58 12

Durchwahl

215

Klagenfurt,

3.4.1990

H. Baun

Zl.:

2641/90

Sachbearbeiter:
Dr. Knopf

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Schulorganisationsgesetz und das Schulzeitgesetz 1985 geändert werden; Begutachtungsverfahren

Aufgrund des Erlasses des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport vom 1. 3. 1990, Zl. 12.690/38-III/2/90, mit dem der Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Schulorganisationsgesetz und das Schulzeitgesetz 1985 geändert werden, zur Begutachtung übermittelt wurde, werden in der Anlage 25 Stellungnahmen übermittelt.

Beilage

Der Amtsführende Präsident:
Reinprecht e. h.

F.d.H.d.A.:

10/207

LANDESSCHULRAT FÜR KÄRNTEN

PARADEISERGASSE 12 · 9010 KLAGENFURT

Landesschulrat für Kärnten · Postfach 607 · 9010 Klagenfurt

An das
Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

Zl.: 2641/90

Sachbearbeiter:
Dr. Knopf

Telefon 0 46 3/58 12

Durchwahl 215

Klagenfurt, 3.4.1990

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes mit
dem das Schulorganisationsgesetz
und das Schulzeitgesetz 1985 ge-
ändert werden; Begutachtungsver-
fahren

Der Landesschulrat für Kärnten nimmt mit Verfügung seines Amtsführenden Präsidenten (§ 7 Abs. 3 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes BGBl. Nr. 240/1962) zu dem mit do. Erlaß vom 1. 3. 1990, Zl. 12.690/38-III/2/90, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Schulorganisationsgesetz und das Schulzeitgesetz 1985 geändert werden wie folgt Stellung:

1. Zu Z. 6 des Gesetzentwurfes

Mit Genehmigung der Schulbehörde erster Instanz darf ein Wahlpflichtgegenstand auch schulübergreifend geführt werden. Aus der vorgesehenen Regelung ist jedoch nicht ersichtlich, welcher Schule diese schulübergreifend geführte Schülergruppe zuzurechnen ist; dies kann in der Praxis zu Schwierigkeiten führen. Es soll daher dem § 43 Abs. 2 noch folgender weiterer Satz angefügt werden: "Die Schulbehörde erster Instanz hat festzulegen, welcher Schule diese schulübergreifend geführte Schülergruppe zuzuordnen ist."

2. Zu Z. 17 des Gesetzentwurfes

a) Zu § 131 b Abs. 2 Z. 2:

Es soll der Begriff "individuelle Freizeit" durch den Begriff "Freizeit" ersetzt werden, damit den Schulen die Möglichkeit offen gehalten wird, entweder die Freizeit individuell zu belassen oder auch zum Teil zu gestalten.

- b) Zu § 131 b Abs. 2 Z. 4:
Der Begriff "Lehrplan" soll durch die Formulierung "eigene didaktische und methodische Vorgangsweisen" ersetzt werden, da für den vorgesehenen Bereich der Begriff "Lehrplan" als nicht angemessen erscheint.
- c) Zu § 131 b Abs. 2 Z. 5:
Der Einsatz von Erziehern neben Lehrern soll nicht für die individuelle Lernzeit, sondern nur für die Freizeit vorgesehen werden, da in der individuellen Lernzeit Lehrer notwendig sind, die die Schüler bei fachlichen Problemen beraten können. Es soll daher diese Gesetzesstelle folgend lauten: "Teilweiser oder gänzlicher Einsatz von Erziehern neben Lehrern in der Freizeit".
- d) Zu § 131 b Abs. 3:
Schulversuche sollen nicht nur bis zur achten Schulstufe, sondern auch darüber hinaus im Polytechnischen Lehrgang durchgeführt werden, da bereits derzeit im Polytechnischen Lehrgang ganztägige Schulversuche laufen, die sich als sehr notwendig erwiesen haben.

Der Amtsführende Präsident:
Reinprecht e. h.

F.d.R.d.A.:
Götte